



Zwischenruf

Januar 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Affäre Wulff beschäftigt seit Wochen alle Medien. Nachdem die Menschen im Lande die Annahme des Darlehens durch Wulff von einer ihm befreundeten Unternehmerfamilie und die Urlaube bei privaten Gönnern noch als Bagatell-Vergehen zu vergeben bereit waren, mehren sich nun die Stimmen, die den Rücktritt des ersten Mannes im Staate fordern.

Wie die Angelegenheit insgesamt zu bewerten sei, wird kontrovers diskutiert. Auch ich finde, dass ein Staatsmann Fehler machen darf. Problematisch finde ich, dass Christian Wulff als Polit-Profis zu wenig Sensibilität bei der Annahme von möglichen Vorteilen gezeigt hat. Zum anderen aber bringt die Menschen zu recht der Umstand auf die Palme, wie Wulff sich mit Halbwahrheiten und einer Informations-Salamitaktik um die Verschleierung seiner Fehler bemüht. Ein Mann, der bei so vielen Gelegenheiten wieder vehement Transparenz und Offenheit gegenüber dem Souverän, also den Menschen im Land gefordert hat, geht mit dieser Strategie seine Eigenschaft als Vorbild aller gänzlich verloren. Aber nur Christian Wulff hat zu entscheiden, ob seinen Vergehen ein Rücktritt folgen muss.

Eine Neuwahl des Bundespräsidenten nur knapp zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl wäre auch für Kanzlerin Angela Merkel höchst riskant. Sie würde die ohnehin schwächelnde Koalition weiter beschädigen. Dies kann aber kein Grund dafür sein, das höchste Amt des Staates verlottern zu lassen. Selbstverständlich verdient das Amt Respekt, nicht aber einen Bundespräsidenten auf Bewährung.

Nach Karl Theodor zu Guttenberg ist das der zweite Fall, in dem sogenannte bürgerliche Politiker es massiv an bürgerlicher Redlichkeit fehlen lassen. Mich ärgert, dass viele Menschen am Ende alle Politiker – ob ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig – in einen Topf werfen und sich abwenden.

Herzlich
Eure

Andreas Pöhl

Heiko Maas führt die Saar-SPD in die Regierung und Torsten Albig wird Ministerpräsident in Kiel

Am vergangenen Wochenende hat die Saar-SPD Sondierungsgespräche mit der CDU aufgenommen. Mit Recht forderte Heiko Maas eine Aufklärung über die finanzielle Lage des hoch verschuldeten Bundeslandes, will wissen, ob es Risiken gibt, die über Schattenhaushalte im Verborgenen gehalten worden sind.

Bei seinen Sondierungsgesprächen mit der CDU am Sonntag ging es auch darum, auszuloten, in welchen Politikbereichen beide Parteien gemeinsame Schnittmengen haben. Auch im Saarland hat die FDP bewiesen, dass sie nicht einmal in dem kleinsten der Bundesländer Regierungsverantwortung übernehmen kann. Sollten die Sondierungsgespräche bis Ende des Monats scheitern, steht uns in diesem Jahr auch dort eine Landtagswahl ins Haus. In Schleswig-Holstein geht gerade Torsten Albig als Spitzenkandidat in das Rennen um die Macht an der Waterkant. Den Oberbürgermeister von Kiel und Spitzenkandidaten der SPD kennen und schätzen viele seit seinen Berliner Jahren, in denen Albig dem damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück als Pressesprecher diente.

Karl Ulrich Montgomery stellt sich gegen Bürgerversicherung

Wieder einmal habe ich mir in dieser Woche die Augen gerieben. Da fordert der Präsident der Bundesärztekammer, Karl Ulrich Montgomery, doch tatsächlich, unser Konzept der Bürgerversicherung in den Reißwolf zu werfen. Eine echte sachliche Begründung lässt er allerdings vermissen. Das Konzept sei „eine Fehlentwicklung“, sagt er, weil die SPD auf den Einbezug weiterer Einkommensarten verzichte und damit eine „Turbozündung“ für die Zweiklassenmedizin“ veranlasse. Denn nur, wer es sich leisten könne, werde neben der Bürgerversicherung Zusatzversicherungen abschließen.

Montgomery betreibt mit seiner Floskel von der „Turbozündung“ tatsächlich bewusste Irreführung. Denn es ist gerade der Zweck der Bürgerversicherung, die Zwei-Klassen-Medizin abzubauen. Und ich widerspreche seinem sachlich nicht begründeten Vorwurf nicht nur, weil die Bürgerversicherung „mein Baby“ ist. Eine Bürgerversicherung, die alle Menschen im Lande mit ins Boot der Solidargemeinschaft nimmt, wäre ein Fortschritt, der die

Gesundheitskassen und die medizinische Versorgung im Lande besser ausstatten würde. Ich rede nach wie vor gegen eine Gesellschaft, in der der Besserverdienende sich aus der Solidargemeinschaft frei kaufen kann. Eine Bürgerversicherung wäre nur fair und gerecht.

Neujahrsempfang in Ettringen – ein Wiedersehen mit Freunden

Die Zeit der Jahresempfänge hat begonnen. Den Auftakt machte am 8. Januar die SPD in Ettringen. Gernot Busch hieß uns alle zum traditionellen Matjes-Essen willkommen, das nun schon seit 20 Jahren vor allem von Waltraud Mühlhausen und Edeltrud Stumpf organisiert wird. Gefreut habe ich mich über die Worte von Toni Schüller, der unermüdlich davor warnt, „dass die Reichen reicher werden und die Armen zahlreicher.“ Wie er fürchte auch ich, dass es so zu einem Riss kommt, den die Gesellschaft auf Dauer nicht aushält.

Auch ich durfte ein Grußwort sprechen und vortragen, was 2012 für mich wichtig bleibt. Das ist natürlich die Frage: schafft es Europa aus der Krise heraus? Seit Mitte der 90er Jahre haben wir erlebt, dass uns die globalisierten Märkte davon eilen. Seit dieser Zeit führen wir Debatten über Standortverlagerungen. Seit dieser Zeit haben wir Unternehmertypen zum politischen Vorbild und zugelassen, dass in einer Art Windhundrennen die Schwächung der Staaten vorangetrieben wurde, dass die Umverteilung im Lande die Reichen reicher und die Armen



Ein Wiedersehen mit Freunden bei einem anspruchsvollen und harmonischen Neujahrsempfang

ärmer gemacht hat. Wir haben den freien Wettbewerb noch freier gemacht und plötzlich erleben müssen, dass die Finanzmärkte nicht mehr funktionieren und auf die Hilfe des

Staates angewiesen sind. Auf die Hilfe des Staates, der doch überall weniger werden sollte.

Das Ergebnis ist, dass die Menschen im Lande nicht mehr glauben, dass die Politik den Takt vorgibt. Sie sehen die Politik am Nasenring der Märkte durch die Arena laufen. Deshalb geht es 2012 um mehr als nur die Frage, wie wir den nächsten Rettungsschirm spannen und stabil halten. Wenn es uns nicht gelingt, Regeln zu schaffen, denen sich die Märkte unterwerfen müssen, ist unsere demokratische Ordnung gefährdet. Europa war und ist ein Friedensgarant. Deshalb muss es uns etwas Wert sein, Europa zusammen zu halten und das Primat der Politik zurück zu gewinnen.

Neuregelung zur Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung genau jetzt ein wichtiger und richtiger Schritt

Am vergangenen Wochenende haben wir über eine Gesetzesreform des § 108e des Strafgesetzbuches beraten, die hoffentlich spätestens ab 2013 umgesetzt werden kann. Die Skandale der vergangenen Jahre werden von der Öffentlichkeit nicht mehr als Einzelfälle betrachtet. Sie haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre politischen Vertreter in seiner Gesamtheit beschädigt. Auch aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zum Wuppertaler Korruptions- oder Kölner Müllskandal machen eine Neuregelung notwendig. Die SPD hat seit der 15. Legislaturperiode immer wieder einen Vorstoß in diese Richtung unternommen. Die Verabschiedung eines neuen Gesetzes scheiterte aber immer wieder. Erst an der Uneinigkeit innerhalb der Grünen. Später am Widerstand der CDU/CSU. So gibt es bis heute keine gesetzliche Regelung. Das ist vor allem deshalb peinlich, weil wir zu den wenigen Vertragsstaaten gehören, die das UN-Übereinkommen gegen Korruption bis heute noch nicht in nationales Recht umgesetzt haben.

Kampf gegen Rechtsextremismus intensivieren

Die Klausur des vergangenen Wochenende hat sich auch mit dem Thema Rechtsextremismus befasst. Die schreckliche Mordserie der Zwickauer Nazi-Bande ist ein tiefer und gravierender Einschnitt in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die im Konsens gegen die Nazi-Barbarei gegründet wurde.

Zur Prävention werden wir gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion stärker auf Prävention setzen, indem wir alles dafür tun, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu stärken und unsere Städte und Gemeinden finanziell so auszustatten, dass sie Kultur Sport, Jugend- und Sozialarbeit wieder ausbauen können. Wer Jugendhäuser und Stadtteilzentren schließen muss, öffnet den Rechten die Tür. Programme wie zum Beispiel „Soziale Stadt“ müssen im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ihre wahre Bedeutung wieder erlangen.

In der polizeilichen Kriminalstatistik wollen wir die Zählweise so verbessern, dass rechtsextreme Taten dort auch wirklich erfasst werden. Einen Gesetzentwurf über die verschärfte Bestrafung so genannter „Hatecrimes“ haben wir schon auf den Weg gebracht. Weiteres wird folgen, ebenso ein erneuter Vorstoß zum Verbot der verfassungsfeindlichen NPD.

Ich gehe davon aus, dass nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres unsere Bemühungen auch bei unseren politischen Mitbewerbern auf fruchtbaren Boden fallen.

Ich freue mich auf Eure Anregungen und Meinung zu diesem Zwischenruf und zu Themen, die Euch bewegen. Sendet mir Eure Zuschriften an die E-Mail-Adresse: andrea.nahles@wk2.bundestag.de.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Andrea Nahles, MdB **Redaktion:** Sylvia Wessel **Layout:** Marc Ruland